

AfD-Fraktion
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf



An den
Vorsitzenden des Rates
der Landeshauptstadt Düsseldorf
Herrn Oberbürgermeister Dr. Keller

Düsseldorf, den 17. November 2025

Antrag: Aufhebung des Klimanotstandes

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

hiermit bitte ich Sie, den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung für die nächste Ratssitzung am 11.12.2025 zu nehmen und beschließen zu lassen:

Die Fraktion der AfD im Rat der Stadt Düsseldorf beantragt, den Beschluss des Rates der Landeshauptstadt Düsseldorf zur Ausrufung des sogenannten „Klimanotstands“ vom 4. Juli 2019 aufzuheben.

Begründung:

Der Begriff „Klimanotstand“ ist rechtlich nicht definiert und besitzt keine verbindliche Wirkung innerhalb der kommunalen Ordnung oder des deutschen Umweltrechts. Seine Verwendung ist daher missverständlich und geeignet, in der Öffentlichkeit den Eindruck eines tatsächlichen Ausnahmezustands zu erwecken. Die Stadt Düsseldorf befindet sich jedoch in keiner Notstandssituation, sondern in einer Lage, die planvolles, verantwortungsbewusstes Handeln in wirtschaftlich harten Zeiten erfordert.

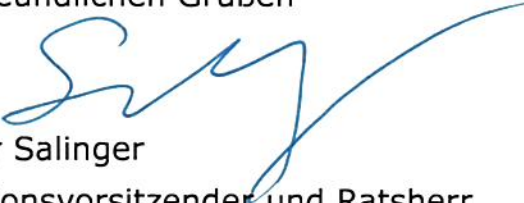
Der Beschluss von 2019 hatte vor allem symbolischen Charakter. Er hat keine rechtlichen Konsequenzen, führt aber zu zusätzlicher Bürokratie, Berichtspflichten und Verwaltungsaufwand. Diese binden Personal- und Sachmittel, die an anderer Stelle – etwa bei der Umsetzung konkreter Umwelt- und Energieprojekte – sinnvoller eingesetzt werden könnten. In Zeiten angespannter Haushaltslagen ist es geboten, Prioritäten nach Wirksamkeit und Finanzierbarkeit zu setzen, nicht nach politischer Symbolik.

Umweltschutz ist eine Daueraufgabe, die nur auf Grundlage von Vernunft, Wirtschaftlichkeit und technologischem Fortschritt erfolgreich gestaltet werden kann. Eine sachorientierte Umweltpolitik benötigt keinen „Notstand“, sondern klare Ziele, realistische Maßnahmen und solide Finanzierung. Die Stadt Düsseldorf verfügt bereits über zahlreiche Schutzprogramme und Nachhaltigkeitsstrategien, die ohne den Begriff eines Notstands fortgeführt und verbessert werden können.

Die Aufhebung des Beschlusses vom 4. Juli 2019 ist eine Rückkehr zu rechtsstaatlich klaren, verwaltungspraktischen und wirtschaftlich vertretbaren Grundlagen.

Der Rat der Stadt Düsseldorf wird daher gebeten, den Beschluss zur Ausrufung des Klimanotstands aufzuheben und Umweltschutz künftig auf Grundlage von Effizienz, Verhältnismäßigkeit und fachlicher Angemessenheit fortzuführen.

Mit freundlichen Grüßen



Elmar Salinger
Fraktionsvorsitzender und Ratsherr
für die AfD-Ratsfraktion

André Maniera
Ratsherr